

NEUE AKTION

Kindern eine Stimme



FOTO: HAAB

Schöffmann (stellvertretender Obmann des Katholischen Familienverbandes) Kärnten

Schulrechtsreformpaketes will man den Schulpartnern und damit auch den Schülern noch weniger Mitbestimmung einräumen“, so Ebenberger.

Für Politik uninteressant

„Kinder dürfen nicht wählen und daher sind Kinder und Familien für die Politik nicht unmittelbar interessant“, vermutet Irene Kernthaler-Moser. Mit der Kampagne möchte der Katholische Familienverband auf diesen Missstand aufmerksam machen und Akteure in Kirche, Politik und Gesellschaft ermutigen, die Bedürfnisse und Wünsche von Kindern, aber auch Familien stärker in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen: „Das sind wir der jungen Generation schuldig“, ist Alfred Trendl überzeugt.

Familienstimmrecht

Einen Anfang macht eine erste Plakatwelle rund um die Pfarrgemeinderatswahl, die am 19. März 2017 stattfindet, weitere Vorsprachen bei Politikern und Meinungsbildnern werden folgen:

„Die Pfarren erhalten die Plakate mit der Bitte, sie prominent aufzuhängen“, so Trendl.

Hintergrund ist das geltende Familienstimmrecht in zahlreichen Diözesen: „Hier zeigt die Kirche aktiv, dass Familien und Kinder eine große Rolle spielen“, so der Familienverbandspräsident, der an die Eltern appelliert: „Gehen Sie zur Wahl und nutzen Sie, wenn möglich, das Familienstimmrecht!“, so seine Aufforderung.

Themen-Verantwortliche im PGR

„Eine hohe Wahlbeteiligung ist ein Zeichen für eine lebendige Kirche“, so Ebenberger, die neben ihrer Funktion als Vizepräsidentin selbst im Pfarrgemeinderat sitzt: „Hier leisten unzählige Ehrenamtliche Unglaubliches und setzen Impulse für eine lebendige und aktive Gemeinschaft“, ist sie überzeugt. Gemeinsam wünschen sich Trendl, Ebenberger und Kernthaler-Moser in jedem Pfarrgemeinderat eine zuständige Person für den Themenbereich „Ehe und Familie“.

GASTKOMMENTAR

GUDRUN KATTNIG

Geschäftsführerin des Katholischen Familienverbandes Kärnten

Vorrang für Familienzeit

Es war nur eine kurze Meldung vor wenigen Wochen, aber sie ließ aufhorchen: „Die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen müssen den Bedürfnissen der Eltern und der Wirtschaft angepasst werden“, so Ministerin Sophie Karmasin. Treffender und schonungsloser lässt sich die derzeitige Politik kaum darstellen.

Von wessen Bedürfnissen ist die Rede? Fehlt da nicht was? Wer fragt nach den Kindern? Familienpolitik in Österreich und auch in Kärnten misst ihre Freundlichkeit weitgehend daran, wie viel Betreuungsplätze bestehen. Je mehr Kinder außerhalb der Familie betreut werden, desto besser, desto eher die Zertifizierung „familienfreundliche Gemeinde“. Der Wirtschaft gefällt das. Und auch der Politik. Denn Beitragszahler sind gefragter denn je.

Was wäre, wenn wir die Kinder fragen würden? Ob sie das auch familienfreundlich finden? Ob sie es genießen, bis nachmittags um 16 Uhr in der verpflichtenden Nachmittagsbetreuung zu sein? Ob sie es toll finden, dass es künftig immer mehr Ganztageschulen geben wird? Und wofür würden sich die Babys und Kleinkinder entscheiden, wenn sie die Möglichkeit hätten zu sagen, mit wem sie gern den Tag verbringen möchten und wo sie sich gern aufhalten? Ob das wirklich die Krabbelstube von 7 bis 19 Uhr ist?

Wir nehmen erschrocken wahr, dass es immer weniger Kinder gibt. Gleichzeitig werden ihre Wünsche und Bedürfnisse häufig auf fatale Weise ignoriert. Statt ihrer Sehnsucht nach Geborgenheit Raum zu geben und zu ermöglichen, dass sie viel Zeit in der Familie verbringen können, folgen viele Politiker mit geradezu wehenden Fahnen dem Diktat der Wirtschaft.

Der Familienverband möchte Kindern eine Stimme geben. Hierzu gehören auch die Kinder vor ihrer Geburt. Es müsste uns gemeinsam doch gelingen, eine Kultur zu schaffen, die Kinder wieder willkommen heißt! Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Familien auch finanziell über die Runden kommen und dass die Erziehung, Betreuung und Pflege von Kindern der Erwerbsarbeit gleichgestellt wird.